

Berichterstattung

zum Haushaltsvollzug 2007 per 30.06.2007 gemäß § 75 Abs. 5 SächsGemO

1 Haushaltsplan und Haushaltsvollzug – Gesamtüberblick

Der Stadtrat verabschiedete in seiner Sitzung am 30. November 2006 die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2007. Die Haushaltssatzung enthält genehmigungspflichtige Teile. Die Genehmigung der Rechtsaufsicht liegt mit Datum vom 10.01.2007 ohne Auflagen vor.

Die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2007 ist seit dem 08. Februar 2007 rechtskräftig.

Gemäß Haushaltssatzung sind für das Haushaltsjahr 2007 im Haushaltsplan festgesetzt:

Einnahmen und Ausgaben

im Verwaltungshaushalt von je	26.505.000 EUR
<u>im Vermögenshaushalt von je</u>	<u>8.090.000 EUR</u>

im Gesamthaushalt von je	34.595.000 EUR
--------------------------	----------------

=====

Der Zwischenabschluss des Haushaltes per 30.06.2007 - Anlage 1 - weist folgendes Ergebnis aus:

	Verwaltungshaushalt EUR	Vermögenshaushalt EUR	Gesamt-Haushalt EUR
bereinigte Einnahmen	13.168.092,41	863.510,99	14.031.603,40
bereinigte Ausgaben	10.095.396,99	1.346.709,88	11.442.106,87
Saldo	3.072.695,42	- 483.198,89	2.589.496,53

Die Ermittlung des Zwischenergebnisses ist im Einzelnen aus dem Abschlussblatt - Anlage 1 - ersichtlich.

Das Saldo, dass sich als Überschuss im Gesamthaushalt in Höhe von 2.589.496,53 EUR darstellt, ist ohne Kommentierung nicht verwertbar, da der Zwischenabschluss ein Soll-Abschluss ist. Es gibt Einnahmepositionen, die per 30.06.2007 in ihren im Jahr 2007 insgesamt zu erwartenden Einnahmen eingebucht sind, wie z. B. alle derzeit vom Finanzamt bekannt gegebenen und von der Stadt veranlagten Grund- und Gewerbesteuerereinnahmen (auch wenn die Zahlungspflicht anteilig erst im 2. Halbjahr 2007 fällig wird) sowie die Schlüsselzuweisung vom Land. Andererseits gibt es Einnahmepositionen, die nur mit den bis 30.06.2007 fälligen Zahlungen eingebucht sind, wie z. B. die Benutzungsgebühren, die Zins-einnahmen.

Gleiches gilt auch für die Ausgaben. Während die Personalausgaben als größte Ausgabeposition bis 30.06.2007 gebucht sind, sind z. B. die Wasser- und Abwasserausgaben aufgrund ihrer Jahresabrechnung im Februar 2007 mit Festsetzung von Abschlägen für das gesamte Jahr 2007 auch bereits vollständig gebucht.

Die unterschiedliche Verfahrensweise ist auf rechtliche Ursachen wie auch auf haushalts-technische Gründe zurückzuführen.

Zur Beurteilung des Haushaltsvollzuges 2007 erfolgt deshalb im Folgenden die Einzelbetrachtung der Einnahme- und Ausgabegruppen. Die Auswertungsunterlagen zum Stand 30.06.2007 können in der Finanzverwaltung eingesehen werden.

2 Verwaltungshaushalt

2.1 Einnahmen des Verwaltungshaushaltes

Die **Grundsteuern** weisen zum 30.06.2007 einen Erfüllungsstand von 99,8 v. H. des HH-Ansatzes 2007 aus. (Die Grundsteuerpflicht entsteht für das gesamte Jahr am 01.01. des jeweiligen Jahres.) Die Erreichung der geplanten Einnahmen 2007 ist gesichert.

Die **Gewerbesteuern** liegen per 30.06.2007 bei 64,1 v.H. des HH-Planes 2007 von 4.600.000 EUR. Bis zu diesem Zeitpunkt waren aber noch nicht alle Jahressteuerbeträge eingebucht. Nach derzeitiger Einschätzung werden zum 31.12.2007 trotzdem nur 3.400.000 EUR erreicht. Es ist mit Mindereinnahmen von 1.200.000 EUR zu rechnen. Eine gesonderte Überprüfung bestätigt die Einschätzung.

Gekoppelt an die Gewerbesteuereinnahmen ist die Zahlung der **Gewerbesteuerumlage**, die infolge der eingeschätzten Mindereinnahmen zu 114.000 EUR Minderausgaben 2007 führen wird.

Im **Anteil an der Einkommenssteuer** ist per 30.06.2007 nur ein Erfüllungsstand von 29,6 v.H. des HH-Ansatzes zu verzeichnen. Hier sind bisher die Schlussabrechnung für 2006 und die Abrechnung für das I. Quartal 2007 eingegangen. Es fehlen noch die Zahlungen für drei Quartale. Für das gesamte Jahr 2007 werden Mehreinnahmen von 172.000 EUR eingeschätzt.

Der **Anteil an der Umsatzsteuer** beläuft sich per 30.06.2007 auf 51,1 v. H. des HH-Ansatzes 2007 und das führt zur Einschätzung von 19.000 EUR Mehreinnahmen zum Jahresende. Es stehen noch die Abrechnungen für zwei Quartale aus.

Die **Allgemeine Schlüsselzuweisung** ist mit dem Jahresbescheid in Höhe von 3.856.213 EUR bekannt gegeben und wird gem. § 31 Finanzausgleichsgesetz in monatlich gleichen Raten gezahlt. Gem. Bescheid, der bereits in voller Höhe per 30.06.2007 zum Soll gestellt ist, sind überplanmäßige Einnahmen von 289.200 EUR zu verzeichnen.

An die Schlüsselzuweisung und die eigene Steuerkraft ist die **Kreisumlage** gebunden. Für das Jahr 2007 ermittelt sich eine Kreisumlage von 3.188.700 EUR, worüber der Bescheid auch vorliegt.

Gegenüber dem geplanten Ausgabenbetrag von 3.163.900 EUR ist eine Erhöhung von 24.800 EUR infolge der Erhöhung der Schlüsselzuweisung zu verzeichnen.

Die Einnahmen aus **Verwaltungs- und Benutzungsgebühren** weisen zum 30.06.2007 einen Erfüllungsstand von 34,6 v.H. aus.

In der Einzelbetrachtung sind bei den Abwassergebühren derzeit vier Abschlagsrechnungen für 2007 gebucht, was insgesamt zu dem geringen Einnahmestand führt. In der Einschätzung zum Jahresende wird der Planansatz zu 100 v.H. erreicht.

Auch die Benutzungsgebühren für Kindereinrichtungen werden mit 100 v.H. des HH-Ansatzes eingeschätzt.

Im Einwohnermeldeamt werden die geplanten Verwaltungsgebühren in Höhe von 10.000 EUR nicht erreicht.

Die **Mieten und Pachten** sind außer für Standplätze und Reklameflächen für das ganze Jahr eingebucht und weisen einen Erfüllungsstand von 92,9 v. H. des HH-Ansatzes zum 30.06.2007 aus. Zum Jahresende wird mit der Erreichung des HH-Planes gerechnet.

Der Erfüllungsstand der **sonstigen Betriebseinnahmen** von 21,3 v.H. zum 30.06.2007 ist auf abrechnungstechnische Gründe zurückzuführen. So erfolgt die Einbuchung der Forderungen gegenüber dem Finanzamt wie auch gegenüber den Nachbargemeinden für die Abwasserdurchleitung und die Einbuchung der Bauzinsen für die Maßnahmen der Abwasserbeseitigung erst zum Jahresende. Es wird 2007 der HH-Plan erreicht werden.

In der **Erstattung von Ausgaben des Verwaltungshaushaltes** zeigt sich zum 30.06.2007 ein Erfüllungsstand von 54,1 v. H. Zum Jahresende wird mit 5.000 EUR Mehreinnahmen gerechnet.

Die Einnahmen aus **Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke** liegen zum 30.06.2007 bereits bei 91,9 v.H. des HH-Planes 2007.

Die Zuweisungen vom Land für die Kinderbetreuung sind im Bescheid festgesetzt, der HH-Ansatz wird erreicht. Ebenso gibt es nur eine geringe Differenz bei den Zuweisungen gem. FAG zur laufenden Unterhaltung der Straßen.

Des Weiteren sind in dieser Einnahmegruppe auch die Rückzahlungen geleisteter Zuschüsse an freie Träger enthalten, die sich aus der Jahresabrechnung 2005 ergaben und zum Jahresende mit 77.700 EUR in die HH-Rechnung eingehen.

Die **sonstigen Finanzeinnahmen** zeigen zum 30.06.2007 einen Erfüllungsstand von 57,8 v. H. zum HH-Ansatz 2007.

Zum 31.12.2007 sind überplanmäßige Zinseinnahmen von 119.400 EUR zu erwarten. Der Mittelabfluss vor allem für die investiven Maßnahmen war bisher sehr schleppend, so dass freie Kassenmittel zinsbringend angelegt werden können.

Einnahmen aus Konzessionsabgaben fließen 2007 voraussichtlich in Folge einer Abrechnungsumstellung durch die neuen Konzessionsverträge in Höhe von 152.300 EUR überplanmäßig.

Die Umlagezahlung des Zweckverbandes Energie Ostsachsen ist bereits planmäßig realisiert.

Die Einnahmen aus Nachzahlungszinsen werden mit minus 45.000 EUR gegenüber dem HH-Ansatz voraussichtlich zum Jahresende abschließen.

Außerplanmäßig sind 86.800 EUR Einnahmen aus Konventionalstrafen bereits zu verzeichnen, die in das Ergebnis 2007 einfließen.

Die Einschätzung der Abwasserbeseitigung führt zu einer geringeren Entnahme aus der Rücklage in Höhe von 304.100 EUR gegenüber dem HH-Plan 2007.

Gemäß dieser Einschätzung sind zum 31.12.2007 Mindereinnahmen von 637.700 EUR zu erwarten.

2.2 Ausgaben des Verwaltungshaushaltes

Die **Personalausgaben** ohne ABM liegen zum 30.06.2007 bei 45,5 v. H. Zum 31.12.2007 wird gemäß der Hochrechnung mit 105.000 EUR Einsparung gegenüber dem Planansatz gerechnet.

Die Ausgaben zur **Unterhaltung der Gebäude, bauliche Anlagen und des sonstigen unbeweglichen Vermögens** sind zum 30.06.2007 mit 11,5 v. H. des HH-Ansatzes 2007 in Anspruch genommen. Nach Einschätzung der Fachbereiche wird zum 31.12.2007 mit ca. 150.000 EUR Minderausgaben gerechnet. Diese Minderausgaben resultieren hauptsächlich (119.000 EUR) aus geringeren Ausgaben in der Unterhaltung von Abwasserkanälen. Die geplante Instandhaltung des Hauptsammlers Süd II wurde nach aktueller Zustandsfeststellung eine Inlinersanierung zu Lasten des Vmh.

Die **Bewirtschaftungsausgaben** sind bei Strom teilweise und bei Wasser und Abwasser aufgrund der festgesetzten Abschlagszahlungen sowie bei Versicherungen für das gesamte Jahr 2007 gebucht, während für Heizung und Reinigung monatliche Rechnungslegung erfolgt und somit nur für ein halbes Jahr Ausgabeninanspruchnahme vorliegt. Die Ausgaben-Gruppe weist zum 30.06.2007 eine durchschnittliche Inanspruchnahme von 58,7 v. H. aus. Zum 31.12.2007 wird hier mit Minderausgaben von ca. 40.000 EUR gerechnet, deren Hauptanteil aus den Heizkosten resultiert.

Das **Abwassereinleitentgelt** in das Klärwerk Dresden wird zum 30.06.2007 mit 33,3 % in Anspruch genommen. Die Hochrechnung zum 31.12.2007 führt zur Einschätzung der Einhaltung des HH-Planes von 1.259.500 EUR, das sind 97.800 EUR unter dem HH-Ansatz.

Die **Unterhaltung und Anschaffung von Geräten und Ausstattungen** ist zum 30.06.2007 mit 36,9 v.H. in Anspruch genommen. Es wird eingeschätzt, dass der Planansatz in Höhe von 172.290 EUR bis zum Jahresende durch die Generalinstandsetzung des Löschfahrzeuges LF 16 in Höhe von 22.500 EUR überschritten wird.

Die **weiteren Verwaltungs- und Betriebsausgaben** sind zum 30.06.2007 mit 24,4 v. H. des HH-Ansatzes 2007 in Anspruch genommen. Bis zum Jahresende wird nach Überprüfung die Einhaltung des HH-Ansatzes eingeschätzt.

In den **Geschäftsausgaben und weiteren sächlichen Ausgaben** beträgt die Inanspruchnahme des HH-Planes 2007 per 30.06.2007 29,5 v.H. Zum Jahresende wird eingeschätzt:

- | | |
|--|------------|
| - Mehrausgaben für private Sicherheitsdienste auf Spielplätzen und in Grünanlagen | 10.000 EUR |
| - Mehrausgaben für das 2006 beauftragte Gutachten zur wirtschaftlichen Stabilität der WVH (Rechnungslegung erfolgte erst 2007) und | 11.000 EUR |
| - Minderausgaben in der Abwasserbeseitigung von | 23.600 EUR |

In der **Erstattung von Verwaltungs- und Betriebsaufwand** sind per 30.06.2007 ein Fünftel in Anspruch genommen. Zum Jahresende werden hier 49.500 EUR in der Abwasserbeseitigung nicht benötigt.

Die **Ausgaben für Zuschüsse und Zuweisungen für laufende Zwecke** liegen per 30.06.2007 bei 93,1 v. H. des HH-Ansatzes 2007 (im wesentlichen sind die gesamten Zuschüsse für 2007 eingebucht). Zum Jahresende werden 5.000 EUR Mehrausgaben eingeschätzt.

Die **Zinsausgaben** sind bereits zum 30.06.2007 entsprechend den Zahlungsverpflichtungen zum Soll gestellt. Zum Jahresende werden 33.200 EUR Zinseinsparungen gegenüber dem HH-Plan eingeschätzt. Jedoch fallen Gewerbesteuererstattungszinsen voraussichtlich 28.000 EUR überplanmäßig an.

Die **Zuführung zum Vermögenshaushalt** wird durch einige Einzelentscheidungen zur Verwendung von zusätzlichen Mitteln im Vermögenshaushalt vor dem HH-Ausgleich um insgesamt 13.700 EUR höher als geplant.

Die Deckungsreserve des Verwaltungshaushaltes wird selbst nicht gebucht, sondern für hier eingearbeitete Mehrausgaben bereitgestellt.

Gemäß dieser Einschätzung sind per 31.12.2007 Minderausgaben von 575.800 EUR zu erwarten.

Eine Haushaltssperre ist derzeit nicht erforderlich.

Natürlich gibt es reichlich Unsicherheitsfaktoren in der Entwicklung der Einnahmen wie auch bei bestimmten Ausgaben (z. B. Havariefälle). Die Einschätzung des voraussichtlichen Haushaltsergebnisses 2007 im Verwaltungshaushalt wurde auf der Grundlage der Einschätzung der Ämter nach bestem Wissen und Gewissen vorgenommen und führt zu keinen Überschuss des Verwaltungshaushaltes.

3 Vermögenshaushalt

3.1 Einnahmen des Vermögenshaushaltes

Die **Einnahmen aus der Veräußerung von Sachen des Anlagevermögens** belaufen sich per 30.06.2007 auf nur 17.037,41 EUR. Die Einschätzung zum Jahresende liegt bei 119.200 EUR, das bedeutet 293.400 EUR Mindereinnahmen.

2007 sind massive Einnahmeausfälle aus Grundstücksveräußerungen zu erwarten. Die Veräußerung der Fläche „Quartier am Markt“ kommt ebenso wenig wie Einnahmen aus Grundstücksveräußerungen im Interkommunalen Gewerbegebiet. Ganz entfällt die Veräußerung von Flächen zur Wohnbebauung an der Johann-Sebastian-Bach-Straße und auch im Wohngebiet Sedlitzer Straße wird 2007 kein ergebniswirksamer Verkauf mehr erreicht.

Aus der **Erhebung von Beiträgen** sind zum 30.06.2007 Einnahmen in Höhe von 233.052 EUR in der Haushaltsrechnung ausgewiesen. Die 2007 zu erwartenden Einnahmen betragen voraussichtlich 353.700 EUR. Gegenüber dem HH-Plan sind das 79.400 EUR Mindereinnahmen, die schwerpunktmäßig mit 27.000 EUR im Wohngebiet „Sedlitzer Straße“ liegen und mit 22.000 EUR geringeren Abwasserbeiträgen eingeschätzt werden.

In der Position der **Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen** ist per 30.06.2007 nur ein Erfüllungsstand von 30,5 v. H. zu verzeichnen.

Die investive Schlüsselzuweisung und die Infrastrukturpauschale sind für 2007 vollständig zugewiesen und führen insgesamt zu 120.500 EUR Mehreinnahmen. Die Zahlungen gehen in Monatsraten ein.

Die Bewilligung für geplante und beantragte Zuweisungen liegt vor für

- Grundschule "Bruno Gleißberg" – Brandschutzmaßnahmen
Allerdings wurden 13.700 EUR weniger bewilligt als geplant.
- Mittelschule „J.W.v. Goethe“ – Neubau Sporthalle
- Stadtanierung Stadtzentrum Heidenau-Nord
Hier gibt es einige Verschiebungen.

Die Förderung aus dem EFRE-Programm für den Marktplatz wurde zurückgenommen, erhaltene Gelder sind zurückgezahlt. Es handelt sich um insgesamt 414.400 EUR. Dafür erfolgt die Förderung im SEP-Programm mit 378.400 EUR. Der Einnahmeausfall für den Haushalt beträgt 36.000 EUR.

Die Untersuchungen zur Entscheidung für den Neubau oder die Erweiterung des Rathauses werden aus Mitteln des SEP finanziert. Die Förderung ist jedoch noch nicht entschieden. Außerdem wird die Erschließung im Quartier am Markt – Straße und Abwasserkanal nicht ausgeführt. Der Einnahmeausfall wurde mit 55.600 EUR errechnet.

- Dresdner Straße – Straßenbau von Max-Walther-Brücke bis Mühlgraben.
Hier sind für 2007 29.200 EUR weniger als geplant bewilligt wurden.
- Abwasserbeseitigung aus Vorjahren

In der Abwasserbeseitigung sind für verschiedene Kostenerhöhungen zwei Aufstockungsanträge gestellt. Ein Aufstockungsantrag ist bisher mit 597.100 EUR bewilligt, jedoch sind diese in 2008 einnahmeseitig zu planen. Der Betrag von 130.600 EUR für die entfallende Maßnahme HS-Nord Neuverlegung 273 m, geht zu Lasten des Ergebnisses 2007

Wegen des fehlenden Baufortschritts in der Abwasserbeseitigung (die Maßnahmen in Heidenau Nord sind noch nicht begonnen) müssen die Bewilligungen der Zuweisungen zur Übertragung nach 2008 beantragt und Haushaltseinnahmereste gebildet werden.

Offen ist die Bewilligung der Zuweisungen für die geplanten Maßnahmen

- Neubau Kita
Diese Bewilligung wird in den nächsten Tagen erwartet.
- Soziale Stadt – Städtebauliche Planungen und Einzelmaßnahmeplanung

Außerplanmäßig wurden Zuweisungen beantragt für

- Beethovenstraße – Gehweg
Der Antrag ist auf 48.300 EUR beziffert.

Insgesamt ist festzustellen, dass Maßnahmen des Vermögenshaushaltes nicht begonnen werden oder einer gesonderten Freigabe durch den Stadtrat bedürfen, wenn zu ihrer Finanzierung geplante Zuweisungen nicht bewilligt werden.

Zum 31.12.2007 ist mit Mindereinnahmen bei den Zuschüssen in Höhe von 46.300 EUR zu rechnen.

Die **Entnahme aus der Rücklage Abwasserbeseitigung** vermindert sich lt. Einschätzung um 304.100 EUR. Die Einschätzung wirkt sich einnahme- und ausgabeseitig im Vermögenshaushalt aus und bleibt deshalb rechnerisch unbeachtet.

Nach Einschätzung des Verwaltungshaushaltes wird für 2007 eine geringere **Zuführung vom Verwaltungshaushalt** in Höhe von 48.200 EUR als Einnahme im Vermögenshaushalt erwartet.

Es werden insgesamt ergebnisrelevante Mindereinnahmen zum 31.12.2007 im Vermögenshaushalt von 467.300 EUR eingeschätzt.

3.2 Ausgaben des Vermögenshaushaltes

Von den 5.029.712,05 EUR Haushaltsausgaberesten aus Vorjahren sind per 30.06.2007 45,9 v. H. abgerechnet. Die 2007 geplanten Ausgaben von 8.090.000 EUR weisen einen Abrechnungsstand zum 30.06.2007 von 26,7 v. H. aus. Es wird also auch 2007 zur Bildung von Haushaltsausgaberesten für die Abwicklung der Maßnahmen in 2008 kommen, welche in dieser Einschätzung unberücksichtigt bleiben können.

Der **Erwerb von Grundstücken** ist im HH-Plan 2007 mit 173.700 EUR veranschlagt und wird voll in Anspruch genommen.

Die Ausgaben zur **Anschaffung von beweglichen Sachen** sind zum 30.06.2007 mit 29,6 v.H. in Anspruch genommen. Zum Jahresende wird im wesentlichen die Ausschöpfung der Mittel bis auf ca. 19.000 EUR eingeschätzt.

Zu den **Baumaßnahmen** ist festzustellen:

Nach Einschätzung des Bauamtes ist für alle **Baumaßnahmen** bis auf

- Stadtsanierung
 - Quartier am Markt – Erschließung Straße und Abwasserkanal - 77.000 EUR
- Wohngebiet Johann-Sebastian-Bach-Straße
 - Erschließung Straße, Abwasserkanal und sonstigen Medien - 83.600 EUR
- Abwasserbeseitigung NS Nord
 - Anschlusskanal 273 m - 652.000 EUR

die Realisierung zu erwarten. Die Minderausgaben durch diese Maßnahmen betragen 812.600 EUR. Zwei dieser Maßnahmen entfallen dauerhaft. Die Erschließung des Quartier am Markt ist 2009 neu geplant.

Minderausgaben gegenüber den bereitgestellten Mitteln werden auf Grund niedrigerer Ausführungskosten für folgende Maßnahmen eingeschätzt:

- Stadtsanierung
 - Abrisse Bahnhofstraße - 10.000 EUR
- Abwasserbeseitigung
 - Abwasserkanalsanierungen allgemein - 95.900 EUR
 - TSB Nord - 470.000 EUR
 - AK Pirnaer Straße – Sanierung - 20.000 EUR
 - AK Hauptstraße - 43.000 EUR
 - HS Süd BA Schmiedestraße - 17.000 EUR

Darüber hinaus sind von den geplanten Haushaltsmitteln für den Neubau Kita 65.000 EUR umgesetzt worden zur Umgestaltung des Stadtparkes infolge des Eingriffs durch den Kita Neubau.

Den Minderausgaben stehen überplanmäßige bzw. außerplanmäßige Ausgaben gegenüber für

- Grundschule „Bruno Gleißberg“
 - 1. BA Brandschutzmaßnahmen 23.500 EUR
 - Mittelschule „J.W.v. Goethe“
 - Neubau Sporthalle 36.500 EUR
- Stadtsanierung
 - Platz an der Bahn 140.000 EUR
 - Neugestaltung Quartier am Markt – Varianten für Verwaltungssitz 100.000 EUR
- Radsportzentrum
 - Planung Neubau Sozialgebäude 20.000 EUR
- Beethovenstraße - Erneuerung Gehweg 75.000 EUR

- Lugturmstraße - Straßenentwässerung	20.000 EUR
- Abwasserbeseitigung	
Entlastungskanal TSB Nord	652.000 EUR
HS-Süd II. 1. - Sanierung	390.000 EUR
Regen- und Hochwasser – Pumpwerk Nord	470.000 EUR
Regen- und Hochwasser – Pumpwerk Süd	24.000 EUR

Es wird wieder einen Teil Maßnahmen geben, die erst im Folgejahr ausgeführt werden, wo- für die Haushaltsmittel als Haushaltsausgaberechte mitgenommen werden sollen, so z.B.

- Neubau Kita
- Mittelschule „J.W.v. Goethe“ - Neubau Sporthalle
- Abwasserbeseitigung -Trenn- und Steuerbauwerk Nord
 - Regen- und Hochwasserpumpwerk Nord
 - Entlastungskanal TSB Nord

Bei den Ausgaben für **Zuweisungen und Zuschüsse an Dritte** werden Minderausgaben in der Stadtsanierung – Quartier am Markt in Höhe von 100.000 EUR eintreten, da diese Maß- nahme nicht durchgeführt wird.

Mehrausgaben fallen für die Rückzahlung von Zuschüssen des Landes aus Vorjahren in Höhe von 24.800 EUR an. Das betrifft die Förderung der Sanitäranlagen in der Astrid- Lindgren-GS und den Ausstieg aus dem EFRE-Förderprogramm für den Marktplatz.

Die geplanten 20.000 EUR Zahlungen an den Entschädigungsfonds werden nicht benötigt.

Außerplanmäßig wurde der umzuschuldende Kredit in Höhe von 1.204.700 EUR getilgt. Dadurch können bei den ordentlichen Tilgungen gegenüber dem Plan 2007 88.700 EUR eingespart werden.

Insgesamt werden ergebnisrelevante Mehrausgaben im Vermögenshaushalt von 1.484.300 EUR eingeschätzt.

Der Gesamthaushalt wird lt. Einschätzung mit einer überplanmäßigen Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage von 1.951.600 EUR abschließen.

4 Schulden und andere Verpflichtungen

Kreditaufnahmen sind 2007 nicht vorgesehen. Im Gegenteil, infolge des Rechnungsergeb- nisses 2006 wurde 2007 eine außerordentliche Tilgung in Höhe des zur Umschuldung frei werdenden Restdarlehens von 1.204.700 EUR vorgenommen.

Der **Schuldenstand** per 31.12.2007 wird 10.096.700 TEUR betragen, das sind 603,33 EUR/Einwohner.

Bürgschaften wurden 2007 bis 30.06. keine übernommen und dies ist auch für das 2. Halb- jahr nicht vorgesehen. Somit wird der Stand der Bürgschaften per 31.12.2007 dem Haus- haltsplan 2007 entsprechen.

Gleiches gilt auch für die **kreditähnlichen Rechtsgeschäfte**.

Verpflichtungen aus Gewährverträgen ist die Stadt bisher nicht eingegangen und hat dies auch für das 2. Halbjahr 2007 nicht vorgesehen.

5 Rücklagen

5.1 Allgemeine Rücklage

Aus den vorgenommenen Einschätzungen ergibt sich für die Allgemeine Rücklage folgende Entwicklung:

Bestand der Allgemeinen Rücklage per 01.01.2007	6.357.700 EUR
Entnahme lt. HH-Plan 2007	2.387.400 EUR
<u>zusätzl. Entnahme lt. Einschätzung 2007</u>	<u>1.951.600 EUR</u>
voraussichtlicher Stand per 31.12.2007	2.018.700 EUR
=====	=====

5.2 Rücklage Abwasserbeseitigung

Gemäß der Einschätzung des Haushaltsvollzuges in der Abwasserbeseitigung ist zum Jahresende folgender Bestand zu erwarten:

Bestand per 01.01.2007	1.426.940 EUR
<u>Entnahme laut Einschätzung 2007 (geplant 535.000 EUR)</u>	<u>304.100 EUR</u>
voraussichtlicher Stand per 31.12.2007	1.122.840 EUR
=====	=====

5.3 Rücklage Stellplatzablöse

Infolge der Entscheidung zur Aufhebung des Bebauungsplanes M 07/1 Wohnpark „Am Obergraben“ entwickelt sich die Rücklage Stellplatzablöse wie nachgenannt.

Bestand per 01.01.2007	19.600 EUR
<u>Entnahme 2007 (für eine Rückzahlung)</u>	<u>12.600 EUR</u>
voraussichtlicher Stand per 31.12.2007	7.000 EUR
=====	=====

6 Kassenlage

Die Zahlungsfähigkeit der Kasse war im 1. Halbjahr 2007 jederzeit gewährleistet.

Per 30.06.2007 waren lt. Kassenabschluss - Anlage 2 - zu verzeichnen:

- Kasseneinnahmereste	Verwaltungshaushalt	5.881.499,62 EUR
(Forderungen)	Vermögenshaushalt	957.517,24 EUR
- Kassenausgabereste	Verwaltungshaushalt	3.023.588,78 EUR
(Verbindlichkeiten)	Vermögenshaushalt	529.129,03 EUR

Die Forderungen und Verbindlichkeiten beinhalten Zahlungsverpflichtungen bis zur Fälligkeit 31.12.2007.

Der Kassenbestand betrug per 30.06.2007	444.835,62 EUR.
Darüber hinaus waren zinsbringend angelegt	7.852.106,48 EUR.

Der Bestand der Verwahrgelder betrug per 30.06.2007 insgesamt 1.059.536,02 EUR.

Es war im 1. Halbjahr 2007 nicht erforderlich, zeitweilig verwahrte Gelder, z. B. aus dem Grundstücksverkehr, zur Finanzierung des Haushaltes einzusetzen.

7 Wirtschaftliche Unternehmen

Für die **WVH Wohnungsbau- und Wohnungsverwaltungsgesellschaft Heidenau mbH** liegt der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk für den Jahresabschluss 2006 durch das Wirtschaftsprüfungsunternehmen vor. Ebenso sind auch die Jahresabschlüsse aller drei Beteiligungsunternehmen einschränkungsfrei testiert.

Die WVH hat das Jahr 2006 mit einem Gewinn von 251,4 TEUR abgeschlossen und eine Bilanzsummen von 84.510.412,69 EUR nachgewiesen. Die Eigenkapitalquote lag per 31.12.2006 bei 39,5 v. H. Es waren keine Zuschüsse des Gesellschafters erforderlich. Der Stadtrat hat den Jahresabschluss 2006 mit Beschluss 081/2007 bestätigt.

Zum 01.01.2006 wurden im Unternehmensverbund der Gesellschaft wesentliche Umstrukturierungen vorgenommen. Um die steuerlichen Möglichkeiten der erweiterten Kürzung nach § 9 Nr. 1 Satz 2 bis 4 GewStG nutzen zu können, wurden alle Nebengeschäfte auf Tochterunternehmen verlagert. Das Personal ging an die WVH Dienstleistungsgesellschaft Heidenau mbH über. Zwei Gewerbeobjekte wurden an die Heidenauer Privatisierungs- und Bauträger GmbH verkauft. In der WVH verblieb die Bewirtschaftung der eigenen überwiegend zu Wohnzwecken genutzten Immobilien. Nun liegt der erste Jahresabschluss nach der Umstrukturierung vor und die Bilanz ist positiv.

Die Arbeit des Unternehmens richtet sich an den klaren Zielstellungen des Unternehmenskonzeptes, welches bis 2015 bestätigt vorliegt, aus.

Das Unternehmenskonzept berücksichtigt die zum Zeitpunkt der Erarbeitung zu erwartende Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Heidenau, die Entwicklung der Haushaltsgrößen und die daraus resultierende Leerstandsentwicklung. Beschlossene Förderprogramme zum Abriss/Rückbau von nicht mehr vermietbaren Wohnungen wurden unter Beachtung des vom Stadtrat beschlossenen integrierten Stadtentwicklungskonzeptes der Stadt Heidenau einbezogen. Außerdem sind die Auswirkungen der Umstrukturierung für den Zeitraum eingeflossen.

Entscheidend für die Ertragslage des Unternehmens in der Zukunft sind die Leerstandsentwicklung und die Entwicklung der Höhe der Wohnungsmieten.

Die Gesellschaft orientiert darauf, die Neuaufnahme von Krediten auszuschließen und Sanierungen mit Eigenmitteln vorzunehmen.

Die Gesellschaft konzentriert ihre Arbeit auf die regelmäßige Analyse der entscheidenden Risiken für die Stabilität des Unternehmens.

Insbesondere werden aus den regelmäßigen Leerstandsanalysen Maßnahmen zur Reduzierung abgeleitet, wie Intensivierung bzw. spezielle Aktivitäten der Öffentlichkeitsarbeit, Differenzierung der Vereinbarung der Miethöhe bei Neuvermietung, malermäßige Instandsetzung vor Neuvermietung, Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit in den Wohngebieten und Verschönerung der Wohngebiete und Einflussnahme auf die Entwicklung guter nachbarschaftlicher Beziehungen der Mieter.

Besonderes Augenmerk legt die Gesellschaft auf die Integration von Spätaussiedlern in das gesellschaftliche Leben der Stadt, um so der Entstehung von sozialen Spannungen vorzubeugen.

Der Wohnungsleerstand betrug per 30.06.2007:

im aktiv bewirtschafteten Bestand	10,95 %
im unsanierten Bestand	86,89 %
im Durchschnitt gesamt	17,14 %

Die Gesellschaft schätzt ein, ein ausgeglichenes Ergebnis im Rahmen des Planes 2007 zu erreichen.

Zum Abschluss des Verfahrens der Gesamtvollstreckung der **ABS Gesellschaft zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung Industrieregion Pirna/Heidenau mbH** gibt es gegenüber dem Jahresende 2006 keinen neuen Stand.

Heidenau, 08.08.2007

Augustin
Kämmerin